

„Kein Anhängsel der Wallonie“

Die Vorschläge der flämischen Nationalisten (N-VA) zur institutionellen Zukunft Belgiens stoßen auf breite Ablehnung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. „Wir sind kein Anhängsel der Wallonie“, erklärte Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP). „Wer für den Vorschlag der N-VA stimmt, der trägt Belgien zu Grabe“, machten auch CSP-Politiker deutlich.

VON CHRISTIAN SCHMITZ

In dieser Woche hatte die N-VA den Schleier gelüftet und ihre mit Spannung erwarteten Pläne vorgestellt. Demzufolge soll das künftige Belgien nur noch aus zwei Teilstaaten bestehen: Flandern und Wallonie. Brüssel und der deutschsprachige Landesteil als Teilgebiet der Wallonischen Region erhalten einen Sonderstatus. Es sei gut, dass man sich nun endlich klar geäußert habe, denn dies ermögliche eine Diskussion, so DG-Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz. „Jedoch bin ich nicht mit dem Bundesstaatsmodell der N-VA einverstanden, in dem der Föderalstaat ausgehöhlt wird und beispielsweise nicht mehr für die Soziale Sicherheit zuständig ist.“ Darüber hinaus sei die DG „kein Anhängsel der Wallonie“, weshalb „die für uns vorgesehene Stellung nicht hinnehmbar ist“. Wichtig sei, dass die DG einen klaren Standpunkt vertrete, was auch in einer Parlamentsresolution zum Ausdruck komme. „Im künftigen Modell Belgiens kann es auch weiterhin zu Asymmetrien zwischen den einzelnen Gliedstaaten kommen, jedoch sollten die einzelnen Bestandteile De jure gleichgestellt sein. Das ist in dem Konzept der N-VA aber nicht der Fall“, bedauerte Lambertz gegenüber dieser Zeitung. So werde die DG „Opfer der Gesamtarchitektur“: Strukturell sei sie in dem N-VA-Konzept „nicht reinzukriegen“. Zwischen den nun gemachten Vorschlägen und den Diskussionen in der Endphase der Tschechoslowakei, die 1993 aufhörte zu existieren, gebe es übrigens „überraschende Parallelen“, fügte Lambertz hinzu.

Ablehnung ernten die N-VA-Pläne auch bei der CSP: „Der sogenannte Konföderalismus der N-VA ist in Wirklichkeit ein Separatismus. Wer für den Vorschlag der N-VA stimmt, der trägt Belgien zu Grabe. Und dagegen sprechen wir uns mit aller Entschiedenheit aus“, hieß es in einer Mitteilung von Regionalpräsident Luc Frank und Robert Nelles, dem CSP-Spitzenkandidaten für die DG-Wahlen 2014. Auch aus Sicht der Deutschsprachigen seien die Vorschläge „nicht akzeptabel“. Denn für die DG würde die Aufteilung Belgiens in zwei Teilstaaten ein Rückschritt in die 60er Jahre bedeuten. Das Ziel der

„Für die DG bedeutet die Aufteilung Belgiens in zwei Teilstaaten ein Rückschritt in die 60er Jahre.“

DG, als gleichberechtigter Teilstaat innerhalb Belgiens anerkannt zu werden, werde mit Füßen getreten. „Die Vorschläge hinterfragen all das, was die Deutschsprachigen in den letzten Jahrzehnten gemeinsam aufgebaut haben.“ Vor diesem Hintergrund müsse man der N-VA klar machen, dass dieser Vorschlag nur neue Probleme schaffen werde, die man sich angesichts großer Herausforderungen nicht leisten könne. „Darüber hinaus entspricht die Logik des N-VA-Vorschlags in keinster Weise unserer Vorstellung von gleichwertiger und echter Partnerschaft innerhalb Belgiens. Die Denkweise der N-VA ist in dieser Hinsicht als egoistisch und einseitig zu bezeichnen. Sie verkennt die Besonderheiten und Ziele der anderen Regionen und Gemeinschaften unseres Landes.“

Enttäuscht aber nicht überrascht zeigte sich die Föderalabgeordnete Katrin Jadin (PFF/MR). Dabei habe der N-VA-Politiker Jan Peumans - er ist Präsident des Flämischen

Parlamentes - anlässlich eines Besuches in der DG verlauten lassen, dass ein Belgien mit zwei Komponenten nicht realisierbar sei, man sich hin zu einem Belgien bewegen müsse, in dem die DG auf Augenhöhe mit den anderen Gliedstaaten diskutieren könne. Deshalb seien die jetzigen Vorschläge „meines Erachtens also ein trauriger Rückschritt“.

Die Abschaffung der Funktion des Premierministers sei „Augenwischerei“. Denn De Wever „vergesse“ die europäische Dimension. „Auch eine N-VA wird, wenn sie nach den Föderalwahlen Verantwortung übernehmen will, den Verpflichtungen, die Belgien auf dem europäischen Parkett übernimmt, Rechnung tragen müssen. Allein schon aus diesem Grund braucht unser Land einen einzigen Repräsentanten und dies in Form eines Premierministers.“ Die N-VA sei nicht bereit, in einem föderalen Rahmen, der auch nach Umsetzung der sechsten Staatsreform noch Bestand haben werde, zu arbeiten. Dass die DG „abgekanzelt“

werde, „lässt mich kalt, da ich nie wirklich etwas anderes bei ihnen erwartet hatte“, so Jadin.

Mit dem niederländischen Wort „onbespreekbaar“ (dt. „unannehmbar“) kommentierte der ProDG-Vorsitzende Clemens Scholzen die Idee, die DG in eine „unumkehrbare

zubauen, bliebe wichtig. Die Bürger der DG aber zu Wallonen machen zu wollen, „widerspricht unserer Identität und nimmt uns jegliche Zukunftsperspektive“, so Scholzen. „Wir sind Freunde der Flamen, Wallonen und Brüsseler, aber: Wir sind keine Wallonen,

Kompetenzübertragungen für die DG hätten Priorität. „Die Umsetzung der Staatsreform wird noch Jahre dauern. Bei den Gesprächen mit der Wallonie stehen wir am Anfang der Endphase“, so der Eupener Regierungschef. Föderalismusdiskussionen sollten in Zukunft von der Tagespolitik abgekoppelt werden. Ein geeigneter Ort dafür sei der Senat, aus dem in Zukunft eine „Kammer der Teilstaaten“ wird. Für Katrin Jadin müssen jetzt alle politischen und sozioökonomischen Kräfte in der DG in der Frage nach der Weiterentwicklung der Autonomie an einem Strang ziehen. „Die PFF wünscht sich diese Weiterentwicklung in einem föderalen Staatsgebilde und plädiert auch weiterhin, mit der Unterstützung der MR, für die Übernahme weiterer Befugnisse.“ Die DG sei dafür gerüstet und habe dies bereits bewiesen. „Und wenn die N-VA dies nicht berücksichtigen möchte, beweist sie einmal mehr ihre Unfähigkeit im Bereich Institutionelles Verantwortung zu übernehmen.“



Archivbild aus dem Jahr 2009, als Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (links) den N-VA-Vorsitzenden Bart De Wever traf, um über eine Lösung im Konflikt um den Bezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV) zu sprechen. Foto: belga

„Die N-VA ist unfähig, institutionell Verantwortung zu übernehmen.“

Katrin Jadin



Abhängigkeit“ zur Wallonischen Region zu bringen. „Wir müssen darauf bestehen, ein gleichberechtigter Gliedstaat in Belgien zu sein, mit den gleichen Rechten und Pflichten wie alle anderen.“ Freundschaften und Partnerschaften mit allen anderen Teilstaaten in Belgien zu pflegen und aus-

sondern deutschsprachige Belgier. Als solche möchten wir auch künftig institutionell anerkannt bleiben.“

Für Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz gilt es nun, kühlen Kopf zu bewahren. Die sechste Staatsreform und die Verhandlungen mit der Wallonischen Region über weitere

HINTERGRUND

Online-Umfrage: Mehrheit der Flamen gegen die Pläne der N-VA - Vertrauen in Bart De Wever gesunken

- Vier von zehn Flamen können sich mit den Konföderalismus-Plänen der N-VA anfreunden, etwas mehr als die Hälfte (52%) finden die Vorstellungen aber nicht gut.
- Dies ist das Ergebnis einer Online-Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes iVox, die im Auftrag des Nachrichtenmagazins „VTM Nieuws“ durchgeführt wurde. 1.001 Niederländisch-

- sprachige in Flandern und Brüssel wurden für die Studie befragt.
- Auf die Frage, ob aus Belgien ein konföderaler Staat werden sollte, antworteten 46 Prozent mit Ja und 46 Prozent mit Nein. Die konkreten Vorstellungen der N-VA erfahren aber weniger Zustimmung (52% dagegen).
- Die Befragten sind auch skeptisch, was die Finanzie-

- rung angeht. So glauben nur 27% an die Bezahlbarkeit, während 48% die Pläne für unbezahlbar erachten.
- Die Vorstellungen zur Zukunft von Brüssel sind in den Augen der meisten Befragten unzureichend: 22% erteilen der N-VA dafür die Note ausreichend, aber 59% denken, dies reiche nicht, um die Situation in Brüssel endgültig zu klären.

- Die Pläne der N-VA spielen auch eine Rolle für das Vertrauen, das dem Parteivorsitzenden Bart De Wever entgegen gebracht wird. 46% erklärten, ihr Vertrauen sei gesunken, bei 20% war es gestiegen, während sich bei weiteren 33% nichts geändert hatte.
- Auffallend ist, dass auch 16% aus dem Lager der N-VA-Wähler angaben, dass ihr

- Vertrauen in De Wever gesunken sei.
- In der Frage, wer nach den nächsten Wahlen Ministerpräsident von Flandern werden soll, liegt der amtierende Regierungschef Kris Peeters (CD&V) deutlich vor De Wever: Peeters erobert 56% Zustimmung, De Wever 25%.
- In einer ersten Reaktion teilte De Wever mit, die Resultate seien möglicherweise auf

- die negative Darstellung des N-VA-Konzeptes zurückzuführen.
- Dass manchen die Vorschläge zu weit gehen, bezeichnete De Wever als logisch: „Dies war auch beim Föderalismus der Fall. Ich bin sicher, dass der Tag kommen wird, dass die Menschen auch diesen Schritt (hin zum Konföderalismus, A.d.R.) als logisch ansehen werden.“ (sc)